

Kurzinformation der Staatendokumentation

Palästinensische Gebiete - Gazastreifen Humanitäre Lage

Relevant für Länderinformationsblatt:

NEIN (da aktuell kein LIB)

Inhaltsverzeichnis

1 Versorgungslage/Humanitäre Lage.....	1
1.1 Beispiele für den Einfluss der Sicherheitslage auf die Leistung humanitärer Hilfe und medizinischer Versorgung.....	6
1.2 UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) im Gazastreifen.....	8
1.3 Einstellung der Onlineregistrierung nach Datenleck der WFP-RezipientInnen im Gazastreifen.....	12
1.4 NGOs, die sich gegen das neue israelische Registrierungsgesetz wehren.....	13
2 Die sozioökonomische Lage.....	15
Anhang.....	20

1 Versorgungslage/Humanitäre Lage

Anm.: Zwecks Zurverfügungstellung eines Gesamtüberblicks wird in erster Linie auf Quellen diverser UN-Organisationen zurückgegriffen. Im Abschnitt zu UNRWA bzw. im Anhang sind auch allgemeine Informationen zur humanitären Lage und zur Lage von PalästinenserInnen im Gazastreifen enthalten, die nicht UNRWA-Flüchtlinge sind. Im Gazastreifen leben auch PalästinenserInnen, die von der ursprünglichen Bevölkerung des Gebiets abstammen, und daher nicht bei UNRWA als Palästina-Flüchtlinge registriert sind – siehe auch Karte im Anhang.

In dem Zusammenhang darf auch darauf aufmerksam gemacht werden, dass es trotz all der Grenzsicherungen und zum Teil auch in der Zeit der (illegalen) Tunnel zwischen dem

Gazastreifen und Ägypten eine gewisse, wenn auch sehr beschränkte Fluktuation an Personen in den letzten 20 Jahren gab. So wurde noch nach den Evakuierungen von ausländischen BewohnerInnen nach dem 7.10.2023 von dem Verbleib einer Anzahl ukrainischer Ehefrauen von Palästinensern mit ihren Familien im Gazastreifen berichtet (oft weil ihren palästinensischen Familienmitgliedern aus verschiedenen Gründen keine Ausreise möglich war). Auch gab es z.B. lange vor dem 7.10.2023 einige Berichte über vereinzelte palästinensische Flüchtlinge aus Syrien, die allerdings angesichts der Hamas-Herrschaft, der israelischen Blockade sowie den damaligen, teilweise intensiven Waffengängen zwischen Israel und der Hamas sowie ihren Verbündeten bereits zu diesem Zeitpunkt den Eindruck hatten, vom Regen in der Traufe gelandet zu sein.

Nahezu die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens von rund 2,1 Millionen Menschen ist vertrieben und hat gemäß UN-Einschätzung keinen ausreichenden Zugang zu Unterkunft, Nahrung, lebenswichtiger medizinischer Versorgung, sauberem Wasser, Bildung und Lebensgrundlagen (OCHA o.D.a).

Ein im Oktober 2025 geschlossenes Waffenstillstandsabkommen sowie die Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 2803 geben zwar Hoffnung auf eine Konsolidierung, haben bislang jedoch noch nicht zu spürbaren Verbesserungen vor Ort geführt, die nötig wären, damit die Vereinten Nationen und ihr Partner humanitäre Hilfe im erforderlichen Umfang leisten können (OCHA o.D.a).

Durch wiederholte Vertreibungen, den Verlust essenzieller Gegenstände für Notunterkünfte und die Zerstörung von 92 Prozent der Wohngebäude benötigten im Oktober 2025 schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen Notunterkünfte und Hilfsgüter. Die meisten vertriebenen Haushalte leben unter mangelhaften Bedingungen ohne ausreichenden Schutz, ohne Privatsphäre und ohne die notwendigen Materialien, um Sicherheit und Würde zu gewährleisten (OCHA-Humanitarian Action 8.12.2025a). Die meisten Vertriebenen im Gazastreifen leben in Hunderten überfüllten Lagern in Zelten und provisorischen Unterkünften. Die Menschen haben kaum oder gar keinen sicheren Zugang zu grundlegenden Diensten (OCHA o.D.b).

Gleichzeitig war Gaza während eines Großteils des Jahres 2025 der gefährlichste Ort der Welt für Hilfskräfte, die unter extrem schwierigen Bedingungen versuchten, humanitäre Hilfe zu leisten. Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 3. Dezember 2025 wurden mindestens 578 humanitäre Helfer getötet, darunter 387 UN-MitarbeiterInnen, teils während ihres Einsatzes (OCHA o.D.b).

Im August 2025 wurde im Gouvernement Gaza offiziell eine Hungersnot festgestellt (OCHA o.D.b). Die akute Mangelernährung bei Kindern unter fünf Jahren hatte sich im August 2025

im Vergleich zu September 2024 mehr als verdoppelt (OCHA-Humanitarian Action 8.12.2025b). Trotz einiger Verbesserungen bestehen weiterhin gravierende Sorgen wegen der lang anhaltenden und tiefgreifenden Krise der Ernährungs- und Nahrungssicherheit. Die Systeme zur Lebensmittelversorgung und Ernährung sind zusammengebrochen, und die lokale Nahrungs- und Agrarproduktion ist nahezu vollständig zerstört (OCHA o.D.b).

Der unzureichende Zugang zu Wasser und die teils katastrophalen sanitären Bedingungen verschärfen die ohnehin angespannte Gesundheitslage zusätzlich. Im August 2025 gaben 57 Prozent der befragten Haushalte an, dass sich innerhalb von zehn Metern um ihre Unterkunft Abwasser oder Fäkalien befinden. 42 Prozent lebten in der Nähe von nicht eingesammeltem Müll. Insgesamt sind damit schätzungsweise 900.000 Menschen von angesammelten Abfällen in Wohngebieten umgeben (OCHA-Humanitarian Action 8.12.2025a). Der unzuverlässige Zugang zu sauberem Wasser und der Müll stellen schwere Risiken für die öffentliche Gesundheit dar. Ungeziefer und damit verbundene Krankheiten breiten sich aus. Die UNO und ihre Partner verbessern die Hygiene und die Ungezieferbekämpfung. Um die Gesundheitsrisiken einzudämmen, wird mit Israel über Maschinen zur Müllentfernung und über den Zugang zu Mülldeponien verhandelt. Der behelfsmäßige Müllberg beim Firas Markt in Gaza Stadt entzündete sich am 1.5.2026 durch Methan wahrscheinlich von selbst. Auch wenn das Feuer unter Kontrolle gebracht werden konnte, illustriert es die Gefahren der temporären Müllhalden in bewohntem Gebiet, wobei es auch noch die Problematik mit dem Abwasser des Gazastreifens gibt. Auch gaben im April 2026 68 Prozent der Bevölkerung an, auf das Verbrennen von Müll aufgrund des Fehlens von Gas zum Kochen angewiesen zu sein (OCHA OPT 7.5.2026). *(Anm.: Bereits in der Vergangenheit kam es im Gazastreifen immer wieder zur Bildung von offenen Abwasseransammlungen).*

Humanitäre Organisationen arbeiten zusammen, um den Übergang von der kurzfristigen Nothilfe bis hin zu einer längerfristigen Wiederaufbauphase zu gestalten. Obwohl am 10. Oktober ein Waffenstillstand angekündigt wurde, sehen sich humanitäre Akteure weiterhin mit massiven Zugangsbeschränkungen, bürokratischen Hürden und einer zunehmenden Rhetorik gegen die Vereinten Nationen konfrontiert. Diese Faktoren behindern die Arbeit der Hilfsorganisationen (OCHA-Humanitarian Action 8.12.2025a). Sicherheitsvorfälle wie (Luft-)Schläge (strikes) und Schusswechsel ereignen sich häufig in bewohnten Gebieten und nahe humanitären Einrichtungen (OCHA OPT 7.5.2026).

Angesichts der zerstörten Wasserversorgungsinfrastruktur liefern ungefähr 40 Partner rund 20.000 Kubikmeter Wasser in LKWs, was jedoch von Treibstoff und stärkerer Finanzierung abhängt: Die Kosten und der Zeitaufwand sind gestiegen seit der Betrieb der Abfüllstation Al Mansoura eingestellt wurde, nachdem zwei Vertragsnehmer (contractors) dort getötet wurden. Die Familien müssen das Wasser an ungefähr 2.000 Abgabestellen abholen. Vielen

von ihnen fehlen passende Behältnisse für den Transport und Aufbewahrung von Wasser. Es kommt zu verstärkter Konkurrenz bei den Verteilstellen und der Zugang der Menschen zu Wasser ist ungleich (OCHA OPT 7.5.2026). Die Hälfte der Trinkwasserversorgung im Gazastreifen wird durch UNRWA ermöglicht (Frankfurter Rundschau 2.6.2026).

Ersatzteile sowie Treib- und Schmierstoffe oder Materialien für Notunterkünfte können nur begrenzt in das Gebiet eingeführt werden (Frankfurter Rundschau 2.6.2026).

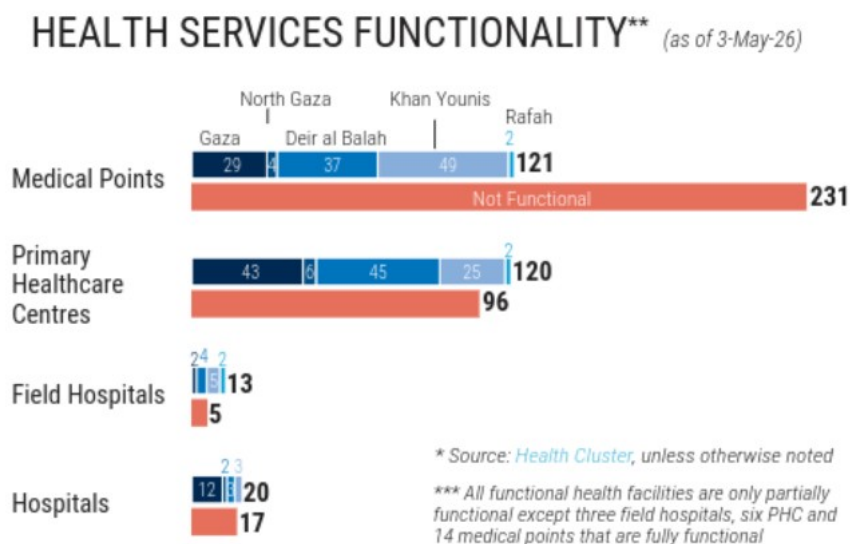
Laut WFP Palestine Market Monitor and Food Security Analysis des Welternährungsprogramms (WFP) für den Monat April 2026 gingen die kommerziellen und humanitären Lieferungen nach Gaza infolge der am 28. Februar einsetzenden regionalen Eskalation zurück; im April war zwar ein allmählicher, aber nur teilweiser Anstieg zu verzeichnen, doch blieben die Mengen unter dem Niveau vor der Eskalation. Diese Störung hat sich sowohl auf die Märkte als auch auf die Ernährungssicherheit negativ ausgewirkt. Viele Lebensmittel sind teurer geworden, insbesondere Weizenmehl und frisches Gemüse. Der Anteil der Menschen, die sich beim Lebensmitteleinkauf auf lokale Märkte verlassen, ist im Vergleich zum März zurückgegangen, während die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe zugenommen hat. In der ersten Aprilhälfte 2026 ging der Lebensmittelkonsum im Vergleich zum März zurück, wobei Gemüse, Obst und proteinhaltige Lebensmittel nur einmal pro Woche oder seltener verzehrt wurden. Im März wurden Gemüse durchschnittlich an 1,8 Tagen pro Woche und Obst an 2,3 Tagen pro Woche verzehrt. Obwohl in der dritten Aprilwoche bei einigen Lebensmitteln leichte Preiserückgänge zu verzeichnen waren, liegen die Preise weiterhin über dem Niveau vor der Iran-Krise, insbesondere im Vergleich zu den Werten vom Februar (OCHA OPT 7.5.2026).

Zwischen dem 30. April und dem 6. Mai ermöglichte UNOPS die Einfuhr von mehr als 1,1 Millionen Litern Diesel und fast 52.000 Litern Benzin nach Gaza und verteilte etwas mehr als 1 Million Liter Diesel (einschließlich aus Beständen, die vor diesem Zeitraum eingetroffen waren) zur Unterstützung humanitärer Einsätze (OCHA OPT 7.5.2026).

Importe von humanitären und kommerziellen Gütern nach Gaza erfolgen weiterhin nur über Kerem Shalom und Zikim (OCHA OPT 7.5.2026).

Das Gesundheitssystem befindet sich weit über seiner Belastungsgrenze. Etwa 62 Prozent der Krankenhäuser sind nicht funktionsfähig. Die verbliebenen Einrichtungen sind überfüllt oder arbeiten ohne ausreichendes Personal, ohne genügend Treibstoff und ohne ausreichende medizinische Versorgungsgüter. Fast 42.000 Palästinenserinnen und Palästinenser haben schwere, lebensverändernde Verletzungen erlitten; jedes vierte Opfer ist ein Kind. Mehr als 5.000 Menschen mussten Amputationen unterzogen werden (OCHA-Humanitarian Action 8.12.2025a).

Die medizinische Versorgungslage spiegelt sich in der Verfügbarkeit funktionierender medizinischer Einrichtungen mit Stand 3.5.2026 wider. Diese wird unter Berufung auf Health Cluster der Weltgesundheitsorganisation (WHO) dahingehend zusammengefasst, dass nur drei Feldspitäler, sechs Primärversorgungszentren und 14 „medical points“ voll operativ sind. Der Rest der als „funktionierend“ eingestuften Einrichtungen tut dies nicht in vollem Umfang. Darüber hinaus stehen z.B. im Bereich von „Medical Points“ 231 ausgefallene Einrichtungen 121 in Betrieb befindlichen gegenüber. Im Fall von Primärversorgungszentren sind 120 in Betrieb und 96 ausgefallen. Im Vergleich zu den 13 im Einsatz befindlichen Feldspitälern sind fünf gar nicht in Betrieb. 20 in Betrieb befindlichen Spitälern stehen 17 ausgefallene gegenüber (OCHA OPT 6.5.2026).



Quelle: OCHA OPT 6.5.2026

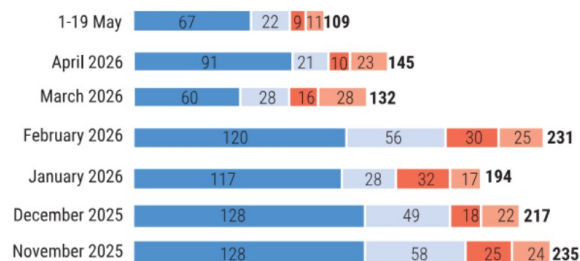
Gleichzeitig verschlechtert sich die Lage in Bezug auf Krankheiten (Frankfurter Rundschau 2.6.2026).

Die Zahl der Missionen zur Leistung humanitärer Hilfe im Gazastreifen, die einer Koordinierung mit Israel bedürfen, unterliegt gemäß OCHA OPT-Graphik vom 20.5.2026 Schwankungen, wobei sie ab März deutlich weniger wurden als im Winter (OCHA OPT 20.5.2026):



HUMANITARIAN ACCESS

Missions requiring coordination with the Israeli authorities



- **Facilitated:** CLA accepts a facilitation request and the movement on the ground is not impeded.
- **Impeded:** CLA accepts a facilitation request but the movement is blocked or delayed on the ground, resulting in some missions being aborted or accomplished partially.
- **Denied:** The Israeli Coordination and Liaison Administration (CLA) rejects a facilitation request.
- **Withdrawn:** Humanitarian organizations cancel their facilitation request due to logistical, operational, or security reasons.

Quelle: OCHA OPT 20.5.2026

Anm.: Angaben für den Hintergrund des Rückgangs fehlen.

1.1 Beispiele für den Einfluss der Sicherheitslage auf die Leistung humanitärer Hilfe und medizinischer Versorgung

Ein aktuelles Beispiel, wie die Sicherheitslage die Einfuhr von humanitärer Hilfe (und die Mobilität z.B. von PatientInnen mit Behandlungsmöglichkeit im Ausland) beeinflussen kann, ist die kürzliche Schließung der Übergänge angesichts der jüngsten Runde an Raketenangriffen zwischen Iran und Israel. Für den 9.6.2026 kündigte Israel an, die Übergänge wieder zu öffnen (TOI 8.6.2026). (Anm.: bezüglich der Schließungen z.B. beim vorhergehenden, längeren und intensiveren Waffengang im Frühjahr siehe im Abschnitt über UNRWA).

Ärzte ohne Grenzen (Médecins Sans Frontières - MSF) zog sich Kritik sowohl von israelischer wie von palästinensischer Seite zu, als die Organisation ihre verbleibenden MitarbeiterInnen aufgrund der beobachteten Anwesenheit von palästinensischen Bewaffneten nach Beginn des Waffenstillstands aus dem Nasser Krankenhaus (Anm.: auch als Nasser Medical Complex bekannt) im südlichen Gaza abzog. MSF betonte, dass nur Bewaffnete, die nicht von der Polizei waren, aber keine militärische Aktivität beobachtet wurden. Da die MSF-MitarbeiterInnen zuvor auf bestimmte Flügel des Krankenhauses beschränkt waren, hatten sie zuvor nur beschränkt mitbekommen, was andernorts passierte (Haaretz 25.2.2025b). Der Abzug von MSF-MitarbeiterInnen fand am 20.1.2026 statt. Am 13. April erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit. Dann ergänzte MSF seine Aussagen um weitere Aspekte: Ihre MitarbeiterInnen hatten Bewaffnete bei der Einschüchterung von

PatientInnen sowie „willkürliche Verhaftungen“ und einen mutmaßlichen Transfer von Waffen beobachtet. MSF habe die Vorfälle gemeldet. Diese seien „inakzeptabel“ (MSF 17.4.2026).

Die palästinensische Kritik warf der NGO vor, die Spitäler zu gefährden, indem sie dortige militärische Aktivitäten implizierte; israelischerseits wurde MSF vorgeworfen, ihren eigenen früheren Aussagen zu widersprechen, welche derartige Vorkommnisse verneinten (Haaretz 25.2.2025b). Israel wirft der Hamas schon des Längeren vor, Schulen, Spitäler und Moscheen für ihre Aktivitäten zu nutzen (TOI 9.6.2026b).

Ein Menschenrechtsbericht der UNO vom 8.5.2026 erwähnt die Hinrichtung von drei Palästinensern vor dem Al-Shifa Krankenhaus in Gaza Stadt. Den Männern wurde Kollaboration mit Israel und die Zugehörigkeit zu den Popular Forces von Yasser Abu Shabab (*Anm.: eine gegen die Hamas eingestellte Miliz cum kriminelle Gruppe; Yasser Abu Shabab lebt nicht mehr*) (UNGA 8.5.2026).

Hinzu kommen drei Vorfälle mit Männern, die vor, im oder auf dem Gelände des Nasser Medical Complex von Mitgliedern von Hamas-Einheiten öffentlich misshandelt wurden. In einem Fall kam es zu einem Angriff von Familienmitgliedern eines Misshandelten auf die Notaufnahme, worauf die Hamas mit Schüssen aus dem Inneren des Krankenhauses antwortete (UNGA 8.5.2026).

Der UN-Bericht erwähnt Vorfälle von Folter von palästinensischen ZivilistInnen auf dem Gelände des Nasser Medical Complex, betont aber, dass dies nicht den Schutz der medizinischen Einrichtung vor Angriffen nach internationalem Recht aufhebt (UNGA 8.5.2026).

Im UN-Bericht werden diese Vorkommnisse in einen Gesamtkontext gesetzt, wonach von 2024 bis 2025 durch Hinrichtungen und schwere Gewalt 109 PalästinenserInnen getötet und 384 verletzt wurden. Es wird betont, dass es sich wahrscheinlich nur um einen Bruchteil der Gewaltvorfälle handelt. In sieben Fällen wurden den Opfern von mit der Hamas verbundenen Kräften Kollaboration mit Israel, Diebstahl oder andere Straftaten vorgeworfen. Die öffentlichen Hinrichtungen und Ausübung schwerer Gewalt in willkürlicher und summarischer Weise dienen der Hamas als Mittel, Opposition auszuschalten und Gaza zu kontrollieren, was ihrem früheren Vorgehen gegen die eigene Zivilbevölkerung nach Konflikten im Kontext des Einbruchs von Recht Ordnung entspricht. Sie setzt dies vor dem Hintergrund des israelischen Vorgehens gegen die Infrastruktur, die Eliminierung ziviler Polizei und von Verwaltungsstrukturen fort – der Bericht verwendet den Terminus „Genozid“ (*Anm.: dieser Begriff wird auch seit Längerem von israelischen Medien und WissenschaftlerInnen verwendet, die der aktuellen Regierung kritisch gegenüber stehen*). Der Bericht sieht dadurch „ein ausgeprägtes Macht- und Sicherheitsvakuum ohne funktionierender und

rechenschaftspflichtiger Gesetzesdurchsetzung oder Justizsystem“, das die Zivilbevölkerung schützen könnte (UNGA 8.5.2026).

Der UN-Bericht schätzt den Gazastreifen als in weiten Teilen („much of Gaza“) „unbewohnbar“ ein, in welchem der Bevölkerung „umsetzbare Optionen für Sicherheit, Arbeit oder politischen Rekurs“ fehlen. „Gewöhnliche PalästinenserInnen“ finden sich „zwischen der strukturellen Gewalt und Massengewalttaten der israelischen Streitkräfte und der räuberischen, auf Furcht aufbauenden Herrschaft der Hamas“ wieder und „werden de facto Opfer aller Seiten“ (UNGA 8.5.2026).

Anm.: Der UN-Bericht löste erst bedeutend später als das Publikationsdatum vermuten lassen würde, ein Medienecho aus, sodass er noch nicht in der jüngsten Kurzinformation zur Sicherheitslage (PALG_KI_Sicherheitslage im Gazastreifen 2026_06_01_KE) herangezogen werden konnte.

1.2 UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) im Gazastreifen

Anm.: EUAA erstellte jüngst einen ausführlichen Bericht über die Lage von UNRWA. Aufgrund der zentralen Bedeutung, welche BedarfsträgerInnen den Leistungen von UNRWA entgegenbringen, wird der Berichtsabschnitt zum Gazastreifen verbatim und in voller Länge als Anhang nach dem Kommentar und den Quellen – oft UN-Quellen – zur Verfügung gestellt, während hier nur eine Zusammenfassung wiedergegeben wird.

Vor dem Oktober 2023 betrug die Bevölkerung des Gazastreifens in etwa 2,4 Millionen Menschen, von denen 1,6 Millionen Palästina-Flüchtlinge waren. Mit Stand Ende März 2026 waren die meisten BewohnerInnen des Gebiets intern vertrieben (EUAA 15.4.2026). In Notsituationen wie im Gazastreifen hat UNRWA auch den Auftrag, auch Bedürftige ohne UNRWA-Registrierung zu unterstützen (Frankfurter Rundschau 2.6.2026).

Zwischen Oktober 2023 und März 2026 wurden im Gazastreifen 72.265 PalästinenserInnen getötet und 171.959 verletzt. UNRWA schätzt, dass mindestens 853 Menschen, die in ihren Einrichtungen Schutz suchten, getötet und 2.588 verletzt wurden. 310 UNRWA-Mitarbeiter und 81 Personen, welche die Arbeit von UNRWA unterstützten, wurden getötet. Rund 312 UNRWA-Einrichtungen wurden beschädigt oder beeinträchtigt. Auch seit der Verkündung des Waffenstillstands am 9.10.2025 kommt es weiterhin zu Militäraktionen. Der Zustrom humanitärer Hilfe hat sich etwas verbessert, aber der Bedarf ist weiterhin „extrem hoch“ (EUAA 15.4.2026).

UNRWA ist mit Inkrafttreten eines israelischen Gesetzes am 30. Jänner 2025 von Israel im Gazastreifen und dem Westjordanland verboten. Israelische Behörden dürfen nicht mit der

UN-Organisation in Kontakt sein, was seither nicht nur die Arbeit von UNRWA erschwert, sondern auch die langfristige Aufrechterhaltung ihrer Leistungen. UNRWA-Einrichtungen dürfen keinen Strom oder Wasser beziehen. UNRWA darf keine Hilfsgüter mehr selbst in die besetzten Gebiete bringen. Außerhalb hätte sie Hilfsgüter zur Einfuhr in den Gazastreifen parat, darunter Lebensmittelpakete, Mehl und Materialien für die Notunterkünfte für Hunderttausende Menschen. So konnten UNRWA und ihre Partner noch Hilfsgüter wie Matratzen verteilen, meldeten aber gleichzeitig im Jänner 2025, dass sie aufgrund von Einschränkungen ihrer Kapazitäten und Finanzierung nur beschränkte Hilfe für etwa 40 % der 970 Ansammlungsgebiete von Internvertriebenen leisten können (EUAA 15.4.2026).

127 UNRWA-Einrichtungen liegen hinter der Gelben Linie in der von den israelischen Streitkräften kontrollierten Zone oder in anderen Gebieten, deren Zugang eine israelische Genehmigung und Koordinierung erfordern (EUAA 15.4.2026).

Der Internationale Gerichtshof (International Court of Justice - ICJ) wies darauf hin, dass Israel als verantwortliche Besatzungsmacht die Pflicht hat, mit UNRWA zusammenzuarbeiten und die Einfuhr lebenswichtiger Güter für die Bevölkerung zu ermöglichen hat. Gleichzeitig zieht die Budgetkrise von UNRWA in ihrem gesamten Mandatsgebiet Auswirkungen nach sich (EUAA 15.4.2026).

Die humanitäre Situation im Gazastreifen bleibt gemäß Einschätzung im EUAA-Bericht „katastrophal“. Trotz eines Waffenstillstands im Oktober 2025 gibt es weiterhin fast tägliche Sicherheitsvorfälle und Angriffe, die zu Opfern unter der Zivilbevölkerung führen. 77 % der Bevölkerung sind von Nahrungsmittelunsicherheit betroffen. Mehr als 100.000 Menschen sind „katastrophalem Hunger“ ausgesetzt (EUAA 15.4.2026).

Gleichzeitig ist der Gazastreifen de facto in Zonen aufgeteilt – solche unter israelischer Kontrolle, in denen großteils die Infrastruktur zerstört ist, und in Gebiete, in welchen der Großteil der über zwei Millionen umfassenden Bevölkerung lebt. Dort sind Hilfsorganisationen aktiv und UNRWA ist die größte davon (Frankfurter Rundschau 2.6.2026). UNRWA setzt jedoch seine Arbeit im Gazastreifen nicht mehr in dem Ausmaß wie vor dem Oktober 2023 fort. Die UN-Organisation betreibt das größte Netzwerk an Notunterkünften und bietet primäre Gesundheitsversorgung, Bildung und WASH-Dienste (Wasser, Sanitär, Hygiene) an. Mit Stand 31.3.2026 befanden sich ungefähr 67.00 Menschen in 83 Notunterkünften, die von UNRWA betreut wurden. Die dortigen Lebensbedingungen sind prekär – mit Überbelegung und beschränktem Zugang zu sicherem Wasser und Sanitäreinrichtungen. Abwasseransammlungen, unzureichender Zugang zu Trinkwasser, Seife, Beleuchtung etc. erschweren die Unterbringungsbedingungen. Nagetiere (besonders Ratten, Frankfurter Rundschau 2.6.2026) sind ein wachsendes Problem (EUAA 15.4.2026).

Aufgrund der Lage können lebenswichtige Dienste oft nur zeitlich begrenzt oder mobil erbracht werden. Die Arbeit unterliegt verschiedenen Formen von Zugangsbeschränkungen. So ist das Mikrofinanzierungsprogramm aufgrund der Sicherheitslage und der Zugangsschwierigkeiten ausgesetzt (EUAA 15.4.2026).

UNRWA bleibt vor dem Hintergrund komplexer Herausforderungen ein wichtiger Anbieter von primärer Gesundheitsversorgung, mit rund 15.000 Patienten, die täglich medizinische Versorgung suchen. Die Organisation hat unter anderem mit erheblichen Engpässen an medizinischer Ausstattung zu kämpfen. Von früher 22 UNRWA-Kliniken vor dem Krieg funktioniert nur noch ein Teil. Mit Stand 8.3.2026 dienen sechs Gesundheitszentren und vier angemietete Einrichtungen als temporäre Gesundheitszentren im gesamten Gazastreifen. 73 mobile medizinische Teams an 28 Versorgungspunkten in- und außerhalb von Notunterkünften leisten Primärversorgung im Mittelabschnitt des Gazastreifens, in Khan Younis, Al Mawasi und Gaza Stadt. EUAA nennt zwei Beispiele von Gesundheitszentren (und einer Schule), die im Jahr 2026 direkt oder indirekt unter israelisches Feuer gerieten, was in einem Fall eine nicht näher bekannte Zahl an Verletzten forderte (EUAA 15.4.2026).

UNRWA hat die Nachmittagsschichten an zwei medizinischen Versorgungspunkten sowie die Freitagsdienste an zwei Orten aus finanziellen Gründen trotz hohen Bedarfs eingestellt (EUAA 15.4.2026).

Über 18.500 verletzte oder chronisch kranke Menschen benötigen eine medizinische Versorgung, die im Gazastreifen nicht zur Verfügung steht, und warten auf eine Evakuierung aus medizinischen Gründen (EUAA 15.4.2026).

Das Bildungssystem im Gazastreifen ist ebenfalls stark von der Lage betroffen: über 97 % der Schulen sind beschädigt oder zerstört. Ungefähr 658.000 Kinder im Schulalter hatten seit Kriegsbeginn nur beschränkt Zugang zu Präsenzunterricht. Laut Daten des Unterrichtsministeriums des Gazastreifens (*Anm.: mutmaßlich weiterhin unter Hamas-Kontrolle*) wurden mit Stand Oktober 2025 (*Anm.: Referenzzeitpunkt ist meist der 7.10.2023*) ungefähr 18.000 Kinder im Schulalter und 780 Angestellte im Bildungsbereich als getötet verzeichnet sowie viele mehr als Verletzte (EUAA 15.4.2026).

Vor Oktober 2023 waren über 300.000 Kinder in 183 UNRWA-Schulen eingeschrieben, die meist den Unterricht in zwei Schichten besuchten. Seither dienen 95 % der Schulen als Notunterkünfte für Familien einschließlich Kinder. Fast 70 % dieser Schulen wurden beschädigt – manche mehrfach. Viele Schulen sind ganz oder teilweise zerstört (EUAA 15.4.2026).

UNRWA hat "Back to Learning"-Aktivitäten initiiert, um Kindern den Zugang zu Bildung zu ermöglichen, aber die Agentur betont, dass dies die dringend nötige Rückkehr zu einem normalen Schulbetrieb nicht ersetzt (EUAA 15.4.2026). Hunderttausende Kinder haben seit

Jahren keinen normalen Schulunterricht mehr gehabt und sind zudem gemäß UNRWA-Aussage „schwer traumatisiert“. Tausende Kinder sind verwaist (Frankfurter Rundschau 2.6.2026).

UNRWA warnt davor, dass mehr als humanitäre Hilfe nötig ist – nämlich ein anhaltender Waffenstillstand und politische Maßnahmen: „Ohne Stabilität, Wiederaufbau und langfristige Perspektiven droht eine weitere Eskalation der Gewalt – mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung und die gesamte Region“ (Frankfurter Rundschau 2.6.2026).

Im Zusammenhang um die Kontroverse über die Hamas und UNRWA weist der UNRWA-Direktor (*Anm.: für die Westbank*) Roland Friedrich auf folgende Umstände hin (Frankfurter Rundschau 2.6.2026):

[...] Grundsätzlich gilt: Humanitäre Organisationen müssen in Konfliktregionen weltweit mit den jeweiligen lokalen Machthabern in Kontakt sein, um Menschenleben retten und ihre Arbeit leisten zu können. Im Gazastreifen bedeutete das über viele Jahre hinweg auch Kontakte zur Hamas, die dort die Kontrolle ausübte – genauso wie eine enge Koordination mit den israelischen Behörden notwendig war, um Hilfslieferungen, Gesundheitsversorgung, Bildung und andere lebenswichtige Dienstleistungen für mehr als zwei Millionen Menschen aufrechterhalten zu können. Gleichzeitig hat die Hamas der UNRWA immer wieder erhebliche Probleme bereitet – etwa durch politischen Druck, Vorwürfe der Zusammenarbeit mit Israel oder Kritik an Bildungsinhalten und Koedukation. Auch Personal geriet unter Druck. Die Darstellung, die UNRWA sei von der Hamas unterwandert oder habe ein besonders enges Verhältnis zur Organisation gepflegt, weist die UNRWA daher entschieden zurück.“ (Frankfurter Rundschau 2.6.2026)

Immer wieder wird die Forderung erhoben, UNRWA abzuschaffen. Friedrich entgegnet dieser Forderung, dass UNRWA auf Basis der Resolution 302 der UN-Generalversammlung für die „humanitäre Versorgung, Dienstleistungen und wirtschaftliche Unterstützung für Palästina-Flüchtlinge“ zuständig ist, bis politische Lösungen für den Konflikt und damit einhergehend die palästinensischen Flüchtlinge gefunden sind. Das „Recht auf Rückkehr“ geht aus der älteren Resolution 194 hervor – und nicht aus der Resolution zu UNRWA. Demnach würde dieses rechtlich auch nach einer Abschaffung von UNRWA weiter existieren. Das UNRWA-Mandat ist somit humanitär und nicht politisch, während UNHCR auch für Umsiedlungen (*Anm.: bekannter unter dem englischen Begriff „Resettlement“*) zuständig ist. Nach einer Beilegung des Konflikts sowie der Lösung der damit verbundenen Fragen sollen die Dienste von UNRWA an einen palästinensischen Staat oder die jeweiligen Länder übertragen werden (Frankfurter Rundschau 2.6.2026).

1.3 Einstellung der Onlineregistrierung nach Datenleck der WFP-RezipientInnen im Gazastreifen

Das Welternährungsprogramm der UNO (World Food Program – WFP) setzte vorübergehend die Registrierungsmöglichkeit via App aus. Grund ist die Untersuchung eines Sicherheitslecks, das die Personendaten der AntragstellerInnen für WFP-Hilfe im Gazastreifen betrifft. Die Zahl der Betroffenen wird auf ungefähr 600.000 palästinensische Haushalte geschätzt. Der Vorfall fand am 14.5.2026 statt und betrifft die Self-Registration Application (SRA), die ausschließlich in den Palästinensischen Gebieten von WFP zur Verifizierung und Registrierung angeboten wird (The Record 4.6.2026).

Die UN-Sonderorganisation hat nicht bekannt gegeben, wer hinter dem Hack stehen könnte. Es ist auch noch nicht bekannt, ob die personenbezogenen Daten geleakt wurden (The Record 4.6.2026). Es ist unklar, warum das WFP zwei Wochen benötigte, um die Opfer der Cyberattacke zu verständigen und es wird kritisiert, dass es mit Stand Ende Mai nichts unternommen habe, um die Sicherheitsrisiken für die Betroffenen zu minimieren. Für diese stellt sich die Frage, was sie tun sollen oder können – außer sich noch exponierter zu fühlen, zumal der Vorfall in eine Zeit fällt, in welcher Israel die personenbezogenen Daten der MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen fordert (The New Humanitarian 2.6.2026) (*Anm.: hierzu mehr im nächsten Abschnitt*).

Das WFP rät den RezipientInnen, Vorsicht walten zu lassen, wenn angebliche WFP-RepräsentantInnen nach Informationen oder Zahlungen fragen sollten. Es rät auch, verdächtige Links nicht anzuklicken oder persönliche Daten an unbekannte Quellen weiterzugeben (The New Humanitarian 2.6.2026).

Die WFP-Hilfsprogramme laufen normal weiter und die aktuellen RezipientInnen müssen nicht ihre Daten aktualisieren, löschen oder sich noch einmal registrieren lassen, um Unterstützung zu erhalten (The New Humanitarian 2.6.2026).

Das WFP ist die weltweit größte humanitäre Organisation mit Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Hunger und Nahrungsunsicherheit. Sie leistet Hilfe für 1,6 Mio. PalästinenserInnen im Gazastreifen in Form von Lebensmittelpaketen, warmem Essen, Brot und Geldhilfen (The Record 4.6.2026).

ExpertInnen zufolge sind Hilfsorganisationen vermehrt Ziel von ausgeklügelten Cyberangriffen. So wurden im Jahr 2022 das International Committee of the Red Cross und im Jahr darauf das Norwegian Refugee Council Ziel von Cyberangriffen auf Personendaten (The New Humanitarian 2.6.2026).

Der Schutz von Daten bei humanitären Organisationen hinkt traditionell hinter der Privatwirtschaft hinterher, obwohl sie mit überaus vulnerablen Bevölkerungsgruppen arbeiten (The New Humanitarian 2.6.2026).

Im Fall des WFP kommt hinzu, dass es bereits zuvor Kritik an seiner Beziehung zu Palantir gab – eine Firma, die auch für das US-Militär arbeitet und auf die Analyse großer Datenmengen spezialisiert ist. Palantir wird in einem UN-Bericht als Firma genannt, welche die israelische Besatzung in den Palästinensischen Gebieten (*Anm.: gemäß diesem Bericht bei der Ermittlung von potenziellen als „terroristisch“ eingestuften Personen*) technologisch unterstützt. Gemäß The New Humanitarian laufen humanitäre Organisationen in Gefahr ihren Schutz durch das Völkerrecht zu verlieren, wenn sie mit Firmen mit Schwerpunkten in der Militärtechnologie zusammenarbeiten. Das WFP erklärt, dass es bei der Zusammenarbeit um die Plattform DOTS geht, die systemübergreifende Daten zusammenführt (The New Humanitarian 2.6.2026).

1.4 NGOs, die sich gegen das neue israelische Registrierungsgesetz wehren

Israel kontrolliert die Grenzübergänge und den Fluss humanitärer Hilfe in den Gazastreifen (Haaretz 8.5.2026). Die Gesetzesänderung bezüglich Hilfsorganisationen in Israel, Gazastreifen und Westjordanland (TOI 21.5.2026) sieht vor, dass statt des israelischen Ministeriums für Soziale Angelegenheiten ein Komitee unter Leitung des Ministeriums für Diaspora-Angelegenheiten für die Nicht-Regierungsorganisationen zuständig ist, und in welchem auch Vertreter des Verteidigungsministeriums, COGAT (*Anm.: Coordination of Government Activities in the Territories*) sowie anderer Regierungs- und Sicherheitsbehörden sitzen (Haaretz 20.5.2026). Hinzukommen neue Bedingungen, um eine Genehmigung der Arbeit der NGOs zu erhalten, darunter die Weitergabe der personenbezogenen Daten der palästinensischen und internationalen MitarbeiterInnen. Begründet wird dies als Sicherheitsmaßnahme zum Ausfiltern von Personen mit etwaigen Verbindungen zu Terrorgruppen (TOI 21.5.2026). COGAT, die Agentur des israelischen Verteidigungsministeriums mit Aufsicht über zivile Angelegenheiten im Gazastreifen gibt an, dass die Hamas „in Deckung internationaler Organisationen“ Hilfe abgezweigt, lokale MitarbeiterInnen für terroristische Zwecke eingesetzt habe und Gelder aus Quellen mit Terrorismus-Bezug transferiert habe (TOI 21.5.2026).

Das Komitee kann die Registrierung von Organisationen verweigern oder zurückziehen, wenn sie oder ihre MitarbeiterInnen Boykottaufrufe gegen Israel in den letzten sieben Jahren verlautbart haben, im Fall „einer vernünftigen Grundlage zur Annahme“ einer Gegnerschaft zu Israel als jüdischer, demokratischer Staat, bei Aufruf zu Rassismus, Unterstützung

bewaffneten Kampfes gegen Israel oder bei Vorantreiben von „Delegitimierungstätigkeiten gegen den Staat Israel“. Das Leugnen des Holocausts oder der Gräueltaten vom 7. Oktober 2023 werden auch als Verweigerungsgründe für die Registrierung angegeben (Haaretz 20.5.2026).

Die meisten Organisationen verweigern die Weitergabe der Daten mit der Begründung, dass diese sie rechtlichen Schritten ihrer MitarbeiterInnen aussetze, weil europäische Datenschutzrichtlinien die Weitergabe verbieten (Haaretz 20.5.2026).

37 Organisationen haben keine Genehmigungen mehr für ihre Arbeit erhalten. Unter den NGOs befinden sich mehrere Zweige von Ärzte ohne Grenzen, Oxfam, das Norwegian Refugee Council, das Danish Refugee Council, Caritas Internationalis als Dachorganisation katholischer Hilfseinrichtungen, das von Quäkern gegründete American Friends Service Committee sowie das International Rescue Committee (TOI 21.5.2026).

19 der betroffenen Nicht-Regierungsorganisationen, darunter AIDA, eine Dachorganisation von fast 100 in den Palästinensischen Gebieten aktiven NGOs, reichten eine Petition gegen das neue Prozedere ein. Sie argumentieren, dass dieses nach internationalem und europäischem Recht, an das ihre Organisationen gebunden sind, illegal ist. Das israelische Gericht entschied jedoch, dass der Staat breiten Spielraum bei der Genehmigung der Einreise ausländischer ArbeitnehmerInnen habe. Den Organisationen wurden weitere 30 Tage zum Einreichen ihrer Anträge gewährt (Haaretz 20.5.2026). Alternative Vorgehensweisen zur Durchleuchtung von NGOs wurden abgelehnt (TOI 21.5.2026).

Die humanitären Organisationen müssen nun entweder Listen ihrer MitarbeiterInnen an Israel übermitteln oder ihre Aktivitäten einstellen. Es wird erwartet, dass die meisten die Übergaben der Daten verweigern werden. Im Gazastreifen setzen einige Organisationen, deren Genehmigungen bereits widerrufen wurden, ihre Arbeit ohne internationale MitarbeiterInnen fort – diese mussten ausreisen. Den Gruppen ist es verboten, Hilfe, Lebensmittel oder medizinische Ausstattung in den Gazastreifen einzuführen, was sie zwingt, vor Ort inmitten stark steigender Nahrungsmittelpreise (aufgrund von Knappheiten) einzukaufen. Das schränkt ihre Möglichkeit zur Erbringung von Hilfsleistungen für die Bevölkerung ein. Das Fehlen der Aufsicht (durch internationale MitarbeiterInnen) macht die Hilfsorganisationen laut ihrer eigenen Einschätzung anfälliger für Bedrohungen durch lokale Milizen (Haaretz 20.5.2026).

Es wird erwartet, dass sich durch das geänderte Prozedere die humanitäre Lage vor allem in Gaza verschlechtern wird. Die Anwälte der Organisationen weisen darauf hin, dass Israels (*Anm.: früherer und wieder eingestellter*) Versuch, die Hilfsorganisationen durch den Gaza Humanitarian Fund (GHF) zu ersetzen „in einem Desaster endete und 2,600 Menschen getötet wurden“. Israelische SoldatInnen sagten der israelischen Tageszeitung Haaretz

gegenüber aus, dass ihre Streitkräfte „absichtlich“ auf Menschen nahe der Verteilstellen feuerten, weil die Kommandeure den Befehl gaben, die Menschenansammlungen zu vertreiben oder zu zerstreuen, auch wenn sie offensichtlich keine Gefahr darstellten (Haaretz 20.5.2026).

Die nunmehr verbotenen Organisationen erbringen eigenen Angaben zufolge gemeinsam insgesamt mehr als die Hälfte der Lebensmittelhilfe im Gazastreifen, 60 % der Operationen der Feldspitäler und alle stationären Behandlungen für Kinder mit akuter Unterernährung (TOI 21.5.2025). Ärzte ohne Grenzen ist eine der größten Hilfsorganisationen in den Palästinensischen Gebieten. Sie und die anderen 17 Organisationen warnten vor einem möglichen Kollaps der humanitären Hilfe im Gazastreifen infolge ihres Abzugs. Sie geben an, 500 Mio. US-Dollar in Nothilfe einschließlich Lebensmittelverteilung, Wasserinfrastruktur, Gesundheitsversorgung und Obdach investiert zu haben. Ihr Abzug gefährde Menschenleben (Haaretz 25.2.2025). COGAT hingegen gibt an, dass diese Organisationen weniger als ein Prozent der Gesamthilfe erbringen würden (TOI 21.5.2026).

Der im vorhergehenden Abschnitt thematisierte Cyberangriff auf die Daten der RezipientInnen von WFP-Hilfe in Kombination mit dem neuen Prozedere für MitarbeiterInnen von NGOs ergibt eine Gesamtsituation, in welcher ein NGO-Mitarbeiter im Gazastreifen, der selbst auch vom WFP-Datenleck betroffen ist, darauf hinweist, dass die Daten als „Waffe“ eingesetzt werden könnten, um Personen ausfindig zu machen und ihnen zu schaden (The New Humanitarian 2.6.2026). Diese Befürchtung wurde auch von den NGOs, die gerichtliche geklagt hatten, vorgebracht, während Israel argumentiert, dass das neue Prozedere nur Personen angreifen würde, die in terroristische Aktivitäten involviert seien (TOI 21.5.2026).

Anm.: Das Thema der Sammlung von personenbezogenen Daten von möglichst vielen PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten bzw. die damit einhergehenden Überwachungsmaßnahmen, wie auch in israelischen Medien berichtet, würden den Rahmen der Kurzinformation sprengen.

2 Die sozioökonomische Lage

Die Wirtschaft des Gazastreifens wird durch den seit über zwei Jahren andauernden Krieg stark beeinträchtigt: Sie stand im Jahr 2024 vor dem Kollaps, das BIP schrumpfte um 83 Prozent, und die gesamten Verluste im Zeitraum 2023–2024 beliefen sich auf 87 Prozent. Die grundlegende Wirtschaftstätigkeit kam fast zum Erliegen und die Inflationsrate erreichte neue Höchststände. Die 2,3 Millionen Menschen sanken unter die Armutsgrenze und die Arbeitslosenquote erreichte 80 Prozent (The New Arab 24.2.2026).

Eine Minderheit kann sich den Einkauf auf Märkten wie dem von Gaza-Stadt leisten. Manche Menschen erhalten Überweisungen aus dem Ausland. Andere bekommen Geld von der

Hamas – Schätzungen zufolge einige zehntausend Personen. Dies ermöglicht es der Hamas, neue Kämpfer zu rekrutieren, denn ungefähr 25 Dollar am Tag ist viel Geld im Gazastreifen. Die allermeisten Menschen in Gaza haben kein Geld – und sind weiterhin auf Hilfslieferungen angewiesen (Tagesschau.de 29.5.2026).

Rund 80 Prozent der Infrastruktur des Gazastreifens wurden beschädigt oder zerstört, darunter Schulen, Banken, Telekommunikationseinrichtungen, Fabriken und vieles mehr (The New Arab 24.2.2026).

Israel verbot nach dem Kriegsbeginn (*Anm.: nach dem Terrorangriff der Hamas und ihrer Verbündeten am 7.10.2023*) die Einfuhr von Bargeld in den Gazastreifen, was die wirtschaftliche Aktivität in Gaza weiter reduzierte. Israelische Militärangriffe zerstörten im Zuge des Krieges zudem zahlreiche Bankomaten, was es der Bevölkerung erschwerte, an Bargeld zu kommen. Im Gazastreifen werden israelische Schekel verwendet, denn die Palästinensische Währungsbehörde als Zentralbank sowohl für das besetzte Westjordanland als auch für den Gazastreifen kann keine eigene palästinensische Währung ausgeben. Trumps Friedensrat kolportiert eine „Stablecoin“, wofür von verschiedenen Seiten Vor- und Nachteile ins Feld geführt werden (The New Arab 24.2.2026).

Im kommerziellen Bereich deuten Daten darauf hin, dass zwischen dem 27. April und dem 3. Mai 2026 750 Lkw-Ladungen der Privatwirtschaft in den Gazastreifen gelangten. Dies stellt einen bemerkenswerten Anstieg dar. Die Zahl nähert sich den Durchschnittswerten vor der regionalen Eskalation am 28. Februar 2026 an. Es deutet auf eine teilweise Erholung der Handelsströme im Vergleich zu den vorhergehenden Wochen hin (OCHA OPT 7.5.2026).

Von den 750 Lkw-Ladungen bestanden 85 aus Hygieneartikeln und 53 aus Materialien für Notunterkünfte. Drei Lkw-Ladungen enthielten Elektro- und Kommunikationsausrüstung und weitere drei medizinische Hilfsgüter. Diese Arten von Hilfsgütern wurden seit mehreren Monaten nicht mehr verzeichnet, was auf eine leichte Verbesserung der Verfügbarkeit kritischer Hilfsgüter hindeutet. Der Anteil nicht lebensnotwendiger Güter sank auf 24 Prozent, was einen Fortschritt darstellt; eine weitere Senkung auf 10 Prozent bleibt jedoch eine Priorität, um die Erholung des Marktes zu unterstützen (OCHA OPT 7.5.2026).

Anm.: Zum Thema Wiederaufbau bzw. Aufbau von Verwaltungsstrukturen siehe:

PALG_KI_Sicherheitslage im Gazastreifen 2026_06_01_KE

Zu dem Thema Friedensrat und seine Pläne für den Gazastreifen wurde sehr viel publiziert. Aber aktuell ist angesichts der volatilen Lage und der Intransparenz nur eine Momentaufnahme möglich, was sich bisher diesbezüglich im Gazastreifen selbst getan – oder nicht getan – hat oder zumindest geplant war.

Die Waffenruhe begann im Oktober 2025. Der Gazastreifen liegt weiterhin in Ruinen. Statt offenem Krieg herrscht nun ein Kampf um die Verwaltung, Ressourcen und die Zukunft. Der Wiederaufbau steht nun selbst im Zentrum des Konflikts. Der Plan des Friedensrats von Donald Trump und sein National Committee for the Administration of Gaza (NCAG) aus palästinensischen TechnokratInnen sollen den Wiederaufbau vorbereiten. Der Plan suggeriert mit seinen „Visionen“ eines „Neuen Gazas“ ein leere Fläche, aber vor Ort geht es in erster Linie ums tägliche Überleben. 84 Prozent der Gebäude im Gazastreifen sind zerstört – in dicht bebauten Gebieten wie Gaza Stadt 92 Prozent. Die Indikatoren für menschliche Entwicklung zeigen eine Rückentwicklung in dem Gebiet um geschätzte 77 Jahre an. Ganze Familien wurden ausgelöscht und gesamte Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht. 68 Millionen Tonnen Schutt bedecken das Gebiet und schon allein das Räumen des Schutts wird Jahre dauern und zig Milliarden Dollar kosten. Spitäler, Schulen und Kulturstätten sind zerstört (L'Orient Today 11.5.2026).

Nur ein Bruchteil der dem NCAG zugesagten 17 Milliarden Dollar wurden bisher tatsächlich ausbezahlt. Die Hamas ist weiterhin bewaffnet und regionale wie internationale Akteure bestimmen über die Handlungsmöglichkeiten im Gazastreifen. Ohne echte lokale Eigenverantwortung besteht das Risiko, dass die Bedingungen der Geberstaaten und die geopolitischen Überlegungen mehr Bedeutung haben als die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung im Gazastreifen. Auch die sich bewegende Gelbe Linie sorgt für Trennungslinien, die entscheiden werden, wohin Ressourcen im Gazastreifen fließen und welche Gebiete vernachlässigt werden. L'Orient Today weist zudem darauf hin, dass wirklicher Wiederaufbau bedeutet, sich mit den Bedingungen auseinanderzusetzen, welche derartige Zerstörung ermöglichen. Ungelöste Fragen zu Eigentum, Gedenken/Erinnerung, politischem Handeln und Kontinuität liegen gemäß der libanesischen Tageszeitung quasi unter den Schuttbergen, ebenso wie die Frage, ob das Gebiet ihren Überlebenden gehören wird (L'Orient Today 11.5.2026).

Anm.: Zu den finanziellen und politischen Einschränkungen des NCAG, zur Gelben Linie und zur israelischen Position zu jeglichen Entwicklungen Richtung einer palästinensischen Selbstverwaltung oder Staat siehe PALG_KI_Sicherheitslage im Gazastreifen 2026_06_01_KE (besonders zum Thema Position Israels bzgl. eines palästinensischen Staats bzw. Aussagen z.B. von Verteidigungsminister Israel Katz Richtung „freiwilliger Ausreise“ der Bevölkerung aus dem Gazastreifen siehe auch die früheren KIs zu PALG und Israel von 2025 und 2026). Gemäß einigen israelischen Medienberichten werden immer wieder auch Forderungen in Israel nach der Wiedererrichtung von Siedlungen im Gazastreifen laut.

Was Pläne für den Gazastreifen betrifft, so gibt es ein Projekt der Vereinigten Arabischen Emirate für einen Gebäudekomplex für Zehntausende PalästinenserInnen im israelisch kontrollierten Gebiet. Im Gegensatz zum Trump-Plan würde somit nicht ein israelischer Abzug bei gleichzeitiger Entwaffnung der Hamas abgewartet. Diese beiden Punkte gelten als wichtige Schritte, über die noch keine Einigkeit erzielt wurde. Das Projekt soll in einem Gebiet nahe Rafah umgesetzt werden, das im Zuge des Kriegs von den israelischen Streitkräften entvölkert und niedergerissen wurde. Mit Stand 25.2.2026 waren noch keine baulichen Schritte vor Ort für das Projekt getätigt, weil noch die Zustimmung Israels benötigt wurde (Haaretz 25.2.2026).

Auf der ägyptischen Seite der Grenze (El Arisch) warteten zudem Anfang Mai 2026 weiterhin Tausende von Wohncontainern auf die Einfuhr, um mit dem Wiederaufbau im südlichen Gazastreifen zu beginnen (Haaretz 8.5.2026).

Wie zum Beispiel die Times of Israel konstatiert, muss der Wiederaufbau vor dem Hintergrund eines „wackeligen Waffenstillstandsabkommens“ seit Oktober 2025 überhaupt erst beginnen. Der Großteil der zwei Millionen EinwohnerInnen des Gazastreifens ist weiterhin von der Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Gesundheitsversorgung, Unterkünften und anderem Grundbedarf von Hilfsorganisationen abhängig (TOI 21.5.2026).

Kommentar:

Was den Einfluss der Sicherheitslage auf die humanitäre Lage betrifft, so kann beobachtet werden, dass der Begriff des „Waffenstillstands“ im Nahen Osten immer mehr aufgeweicht wird. Walter Posch von der Landesverteidigungsakademie brachte es jüngst auf den Punkt: Oft handelt es sich eher wie im Fall des Kriegs Israel-USA-Iran um „Feuerpausen“ und nicht um Waffenstillstände im traditionellen Sinn (siehe Der Standard (9.6.2026): "Sehr brutaler Patt" im Nahen Osten: Walter Posch über Iran, Israel, Trump, <https://www.derstandard.at/story/3000000323947/sehr-brutaler-patt-im-nahen-osten-walter-posch-ueber-iran-israel-trump>, Zugriff 9.6.2026)

Die Berücksichtigung dieses Trends kann hilfreich sein, aktuelle Geschehnisse besser in einen Kontext zu setzen.

Quellen:

- Der Standard (9.6.2026): "Sehr brutaler Patt" im Nahen Osten: Walter Posch über Iran, Israel, Trump, <https://www.derstandard.at/story/3000000323947/sehr-brutaler-patt-im-nahen-osten-walter-posch-ueber-iran-israel-trump>, Zugriff 9.6.2026
- EUAA – European Union Agency for Asylum (15.4.2026): COI QUERY - Country of Origin Occupied Palestinian Territory, Jordan, Lebanon, Syria: UNRWA's ability to fulfil its mandate across its areas of operation January 2025 to 31 March 2026, https://coi.euaa.europa.eu/administration/easo/Plib/2026_04_EUAA_COI_Query_Response_Q16_Occupied_Palestinian_Territory_OPT_Jordan_Lebanon_Syria_UNRWA.pdf, Zugriff 12.5.2026

- Frankfurter Rundschau (2.6.2026): UNRWA-Direktor Friedrich: „Die Lage im Gazastreifen bleibt katastrophal“, <https://www.fr.de/politik/unrwa-direktor-roland-friedrich-die-lage-im-gazastreifen-bleibt-katastrophal-94332946.html>, Zugriff 3.6.2026
- Haaretz (20.5.2026b): High Court Upholds Rules Requiring Gaza, West Bank Aid Groups to Hand Over Employee Lists, <https://www.haaretz.com/gaza/2026-05-20/ty-article/.premium/gaza-west-bank-aid-groups-will-be-forced-to-cease-work-after-top-court-ruling/0000019e-45a6-d222-a1be-65b648e30000>, Zugriff 21.5.2026
- Haaretz (8.5.2026): Gaza Talks Stall Amid U.S. Disinterest and Expanding Israeli Control, Arab Sources Say, <https://www.haaretz.com/israel-news/israel-security/2026-05-08/ty-article/.premium/arab-sources-u-s-disinterest-in-gaza-hinders-talks-as-israel-tightens-grip/0000019e-03cf-d9e5-a7de-ebcf27330000>, Zugriff 12.5.2026
- Haaretz (25.2.2026): Gaza Firm to Build UAE-funded Housing Compound in Israeli-held South, Sources Say, <https://www.haaretz.com/gaza/2026-02-25/ty-article/gaza-firm-to-build-uae-funded-housing-in-israeli-held-south-sources-say/0000019c-94f1-dfa9-a7bd-d6f9d43a0000>, Zugriff 25.2.2026
- Haaretz (25.2.2026): Gaza Firm to Build UAE-funded Housing Compound in Israeli-held South, Sources Say, <https://www.haaretz.com/gaza/2026-02-25/ty-article/gaza-firm-to-build-uae-funded-housing-in-israeli-held-south-sources-say/0000019c-94f1-dfa9-a7bd-d6f9d43a0000>, Zugriff 25.2.2026
- Haaretz (25.2.2026b): Order IDF to Probe Gaza Aid Worker Deaths, Doctors Without Borders Asks Israel's Top Court, <https://www.haaretz.com/israel-news/israel-security/2026-02-25/ty-article/.premium/order-idf-to-probe-aid-worker-deaths-msf-asks-israels-top-court/0000019c-8f27-dab1-adbe-bf6fe9780000>, Zugriff 25.2.2026
- Health Cluster (Stand 9.5.2026): Gaza Strip Casualties, <https://app.powerbi.com/view?r=eyJrIjojODAxNTYzMjYtMjQ3YS00OTMzLTkxMWQ0OTU1NWUwMzE5NTMwIiwidCI6ImY2MTBjMGI3LWJkMjQ0NGIzOS04MTBiLTNkYzI4MGFmYjU5MCIsImMiOiJh9>, Zugriff 13.5.2026
- L'Orient Today (11.5.2026): Rebuilding Gaza: Who is the city being built for?, <https://today.lorientlejour.com/article/1506173/rebuilding-gaza-who-is-the-city-being-built-for.html>, Zugriff 12.5.2026
- MSF Médecins Sans Frontières (Ärzte ohne Grenzen) (17.4.2026): MSF resumes core activities at Nasser hospital, <https://www.msf.org/msf-resumes-core-activities-nasser-hospital>, Zugriff 11.6.2026
- OCHA - United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs - Humanitarian Action (8.12.2025a): Occupied Palestinian Territory (OPT), <https://humanitarianaction.info/plan/1510/article/occupied-palestinian-territory-opt>, Zugriff 3.6.2026
- OCHA – United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs - Humanitarian Action (8.12.2025b): Global Humanitarian Overview 2026 - Middle East and North Africa - Occupied Palestinian Territory (OPT), <https://humanitarianaction.info/document/global-humanitarian-overview-2026/article/middle-east-and-north-africa-4#page-title>, Zugriff 24.2.2026
- OCHA OPT - United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – Occupied Palestinian Territory (7.5.2026): Humanitarian Situation Report | 7 May 2026, <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-report-7-may-2026>, Zugriff 13.5.2026
- OCHA OPT (20.5.2026): Reported impact snapshot | Gaza Strip (20 May 2026), <https://www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-20-may-2026>, Zugriff 29.5.2026

- OCHA OPT (6.5.2026): Reported impact snapshot | Gaza Strip (6 May 2026), <https://www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-6-may-2026>, Zugriff 13.5.2026
- OCHA – United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (o.D.a): Middle East and North Africa - Occupied Palestinian Territory - Overview, <https://www.unocha.org/occupied-palestinian-territory>, Zugriff 24.2.2026
- OCHA – United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (o.D.b): Middle East and North Africa - Occupied Palestinian Territory – Projected Situation, <https://www.unocha.org/occupied-palestinian-territory>, Zugriff 24.2.2026
- Tagesschau.de (29.5.2026): Wie die Hamas an der Not in Gaza verdient, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/lebensmittel-preise-gaza-100.html>, 29.5.2026
- TOI – The Times of Israel (9.6.2026): Israel says crossings with Gaza to reopen tomorrow, after closure due to Iran missile fire, https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/israel-says-crossings-with-gaza-to-reopen-tomorrow-after-closure-due-to-iran-missile-fire/, Zugriff 9.6.2026
- TOI – The Times of Israel (9.6.2026b): Hamas members executed and maimed dozens of Palestinians in Gaza, UN report says, <https://www.timesofisrael.com/hamas-members-executed-and-maimed-dozens-of-palestinians-in-gaza-un-report-says/>, Zugriff 11.6.2026
- TOI – The Times of Israel (21.5.2026): High Court nixes NGOs' petition against new security regulations on aid, <https://www.timesofisrael.com/high-court-nixes-ngos-petition-against-new-security-regulations-on-aid/>, Zugriff 21.5.2026
- The New Arab (24.2.2026): 'Board of Peace' mulling 'stablecoin' to help with Gaza's post-war economy, technocrats to propose Hamas disarmament plan, <https://www.newarab.com/news/board-peace-mulling-stablecoin-gaza-post-war-economy>, Zugriff 25.2.2026
- The New Humanitarian (2.6.2026): Data of 600,000 Gaza households exposed in WFP cyber-attack, <https://www.thenewhumanitarian.org/news/2026/06/02/data-600000-gaza-households-exposed-wfp-cyber-attack>, Zugriff 8.6.2026
- The Record (4.6.2026): <https://therecord.media/un-food-agency-investigates-gaza-aid-breach>, Zugriff 8.6.2026
- TOI – The Times of Israel (21.5.2026): High Court nixes NGOs' petition against new security regulations on aid, <https://www.timesofisrael.com/high-court-nixes-ngos-petition-against-new-security-regulations-on-aid/>, Zugriff 21.5.2026
- UNGA – United Nations General Assembly (8.5.2026): Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel*, Human Rights Council Sixty-second session 15 June–10 July 2026 Agenda item 2, A/HRC/62/22, <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiopt/2606092E.pdf>, Zugriff 11.6.2026

Anhang

Hier sind allgemeine Abschnitte wie auch das gesamte Kapitel zum Gazastreifen aus dem EUAA-Bericht „COI QUERY - Country of Origin Occupied Palestinian Territory, Jordan, Lebanon, Syria: UNRWA's ability to fulfil its mandate across its areas of operation January 2025 to 31 March 2026“ wiedergegeben:

[...]

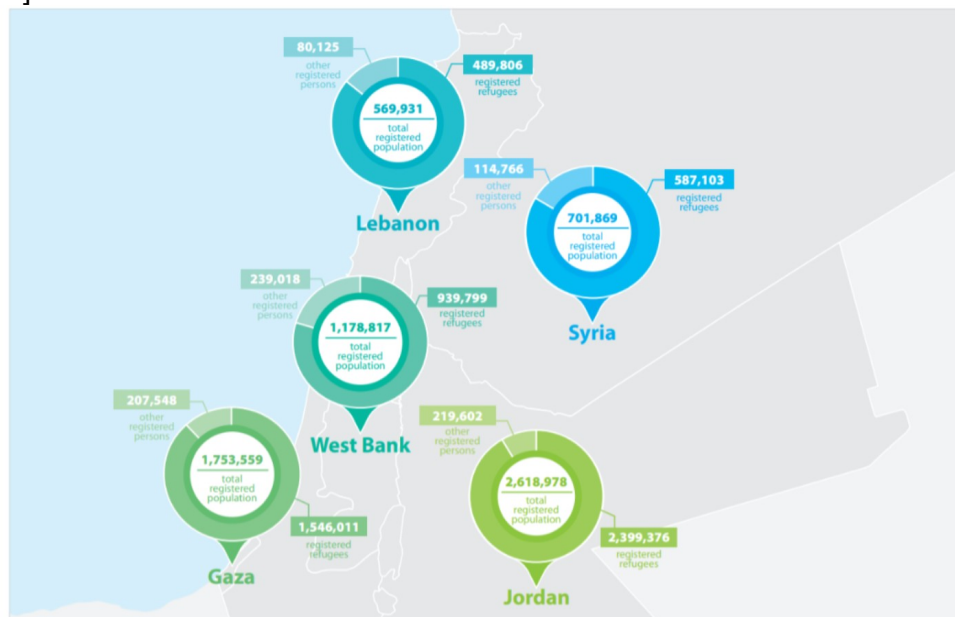


Figure 1: Profile of the population registered with UNRWA by field and status, December 2025. Source: UNRWA Refugee Registration Information System, 2025. The designations employed and the presentation of material on this map do not imply the expression of any opinion whatsoever on the part of UNRWA concerning the legal status of any country, territory, or area or of its authorities, or concerning the delimitation of its frontiers or boundaries.⁶

[...]

The ability of UNRWA to carry out its mandate in the OPT has been further curtailed by Israeli legislation.¹² Two bills passed by the Knesset (the Israeli Parliament) in October 2024,¹³ and entered into force on 30 January 2025, have prohibited all UNRWA activities in Gaza and the West Bank, including East Jerusalem, and imposed a no-contact policy between Israeli authorities and the Agency.¹⁴ In addition, in December 2025, the Israeli government passed a law prohibiting the provision of electricity and water to facilities owned by or operated on behalf of UNRWA, as well as blocking the provision of communications and banking or financial services to the Agency.¹⁵ Since late January 2025, UNRWA's international personnel have been barred from entering the OPT. Israeli authorities have not issued visas or entry permits to the Agency's international staff for access to these areas, including Gaza.¹⁶ Since 2 March 2025, Israeli authorities have blocked UNRWA from 'directly bringing' any humanitarian assistance in the OPT, including food.¹⁷

In response to Israeli legislation, in October 2025, the International Court of Justice (ICJ) issued an advisory opinion stating, inter alia, that Israel - 'as an occupying Power' - has legal obligations to collaborate with UNRWA 'to ensure and facilitate the unhindered provision of urgently needed supplies essential to the survival of the Palestinian civilian population.'¹⁸

The UNRWA headquarters in East Jerusalem were eventually 'seized, looted and set on fire' by Israeli authorities in January 2026.¹⁹ The demolition of UNRWA's headquarters was widely condemned by the international community,²⁰ including the UN Secretary-General²¹ and the European Union (EU).²²

[...]

UNRWA has, nonetheless, remained operational across its five mandated areas,³⁶ despite currently functioning under an 'existential crisis',³⁷ and despite ongoing security challenges.³⁸

The Agency employs over 28 000 individuals across all its fields,³⁹ most of them Palestinians.⁴⁰ In the Gaza Strip, the Agency reported to have continued its operation and delivered large-scale, life-saving support to affected communities despite severe access restrictions, widespread destruction, and ongoing security challenges. [...]41

[...]

Decreased funding has had an impact on all areas of operations,⁵⁷ affecting the over 6 million refugees across the five fields.⁵⁸ UNRWA's microfinance programme is facing some of the toughest conditions in its history, with services in Gaza remaining suspended due to insecurity and access restrictions.⁵⁹ The Agency dismissed approximately 600 employees and implemented 20 % salary cuts across all operations in January 2026.⁶⁰ Job cuts prompted hundreds of UNRWA employees to stage multiple union-led protests, warning of severe consequences for millions of refugees.⁶¹

[...]

Between 7 October 2023 and 25 March 2026, a total of 72 265 Palestinians were killed and 171 959 injured in the Gaza Strip, according to the Gaza's Ministry of Health (MoH), as reported by UN OCHA.⁶² During the same period, UNRWA estimated that at least 853 people who were sheltered in its premises were killed and around 2 588 injured. 310 UNRWA personnel and 81 people supporting UNRWA's work were killed. Around 312 UNRWA installations were either damaged and/or impacted.⁶³ For instance, on 25 January 2026, In Jabalia Refugee Camp, North Gaza governorate, the Israeli artillery struck an UNRWA clinic, injuring an unspecified number of people, including a pregnant woman, and causing significant damage to the facility.⁶⁴ On 24 March 2026, an UNRWA health centre in Bureij (Middle Area) and a school in East Jabalia (North Gaza) were indirectly hit by gunfire from nearby Israeli forces. Both facilities sustained minor damage, with no casualties among UNRWA personnel.⁶⁵

The humanitarian situation in the Gaza Strip has remained 'catastrophic'.⁶⁶ Following the ceasefire announced on 9 October 2025,⁶⁷ military attacks have decreased but not stopped.⁶⁸ Security incidents and targeting operations have been reported almost daily, causing casualties among civilians, demolition of residential complexes, infrastructure, and renewed displacement.⁶⁹ Although the ceasefire has slightly improved humanitarian access, basic needs have remained extremely high (especially for shelter, food, water and sanitation, and healthcare) due to limited aid, irregular supplies, and continued restrictions on movement and items classified as dual-use.⁷⁰ Food security in Gaza remained extremely fragile, with 77 % of the population facing crisis-level food insecurity and over 100 000 people experiencing 'catastrophic levels of hunger'. Most families rely on food aid, while high prices continue to limit access to commercial and nutritious foods. Although more goods are entering Gaza, affordability remains a major barrier.⁷¹

Before the 2023 war, the population in the Gaza Strip was of about 2.4 million, of whom 1.6 million were Palestine refugees.⁷² By the end of March 2026, UN OCHA indicated that most people in Gaza were still displaced, often living in dire conditions with limited protection and insufficient access to adequate and diverse supplies, while continuing to

face daily shootings and strikes affecting residential areas. Casualties were still being reported, including among women and children.⁷³

Although UNRWA's operating capacity in the Gaza Strip has significantly deteriorated since October 2023,⁷⁴ the Agency has never stopped working.⁷⁵ As noted by Tamara Al Rifai, UNRWA Director of External Relations and Communications, beyond the immediate humanitarian response, UNRWA provides services similar to those of a public sector in the Strip, making the Agency 'irreplaceable in the absence of a formal Palestinian public sector currently in Gaza.'⁷⁶

Since March 2025, Israeli authorities have prevented UNRWA from 'directly bringing humanitarian personnel and aid' into the Gaza Strip, while the Agency reports having sufficient food parcels, flour, and shelter supplies pre-positioned outside Gaza for hundreds of thousands of people.⁷⁷

The inability to engage directly with the Israeli authorities has significantly constrained the day-to-day logistics as well as the long-term sustainability of the Agency's operations.⁷⁸

Jonathan Fowler, UNRWA Senior Communications Manager, explained that many of the Agency's facilities lie behind the so-called 'Yellow Line', a barrier separating Gaza from Israeli forces under the three-step Gaza peace plan. He noted that this has made operations extremely difficult, with many UNRWA installations heavily damaged or destroyed.⁷⁹ As of 31 March 2026, 127 UNRWA facilities were located within the Israeli-militarised zone behind the Yellow Line and in areas where access is subject to Israeli approval or coordination.⁸⁰

As a result of regional escalation of conflict in March 2026, aid operations in Gaza were further restricted.⁸¹ On 28 February 2026, Israeli authorities closed all crossings into the Gaza Strip, suspending the entry of aid, fuel, and commercial supplies, the coordination of humanitarian movements near Israeli troop deployments, medical evacuations, the return of residents from abroad, and the rotation of humanitarian staff.⁸² The Rafah crossing was reopened on 19 March 2026 for limited movement of people, including medical evacuations and returns to Gaza, while Kerem Shalom remained the only operational cargo crossing, as of 25 March 2026. Only a limited number of trucks were entering the Strip, resulting in severe shortages of goods, rising prices, and a lack of essential items such as medicines and spare parts needed by UNRWA to sustain critical operations, including generator lubricants and batteries.⁸³

2.3. Provision of essential services and emergency response

UNRWA employs around 11 000 Palestinian staff in Gaza – many displaced themselves –, who have continued to provide critical assistance to nearly the entire population in need.⁸⁴ The Agency operates the largest emergency shelter network in the Strip, has remained the leading provider of primary health care, and has continued to deliver WASH (Water, Sanitation, Hygiene) and education services to most residents.⁸⁵

Because of recurrent displacement and extensive damage to UNRWA facilities, UNRWA has been compelled to resort to temporary and mobile modalities for the provision of life-saving services, amid active military operations.⁸⁶ UNRWA's microfinance programme services in Gaza remained suspended due to insecurity and access restrictions.⁸⁷

Shelter, food, water and sanitation. As of 31 March 2026, an estimated 67 000 displaced people were living in 83 collective emergency shelters managed by UNRWA.⁸⁸ Living conditions in the shelters have remained precarious,⁸⁹ with overcrowding and limited access to safe water and sanitation services. Conditions were further compounded by sewage

accumulation and inadequate access to basic necessities, including drinking water, soap, lighting, safe cooking fuel, and shelter materials. Rodent infestations have also become an increasing concern.⁹⁰ Since October 2023, UNRWA reported to have implemented emergency WASH activities across Gaza in shelters and informal displacement sites, including operating water wells and desalination systems, supplying water by truck, distributing cleaning supplies, managing solid waste, disinfecting water tanks, and conducting pest control. In 2025, the Agency delivered 970 000 cubic metres of water and collected 70 000 tonnes of solid waste, benefiting an estimated 1.7 million people.⁹¹

Between 7 October 2023 and the start of the previous ceasefire on 19 January 2025, UNRWA provided two rounds of flour deliveries to over 388 000 families, reaching nearly 1.9 million people, with at least 374 000 families receiving three rounds. During that ceasefire, until March 2025, the Agency assisted more than 2 million people with essential food aid. UNRWA reported to have run out of its food supplies by the end of April 2025. Since 2 March 2025, Israeli authorities have prevented the Agency from 'directly bringing' in any humanitarian assistance, including food.⁹² During a January 2026 press briefing, the UN office highlighted that while UN agencies – including UNRWA – and their partners were still distributing mattresses, warm clothing, solar lights, and other aid, 'capacity and funding constraints' had restricted assistance to roughly 40 % of the 970 displacement sites across the Gaza Strip.⁹³

UNRWA reported that, as of 31 March 2026, its stocks of lubricant oil for vehicles and generators had been exhausted, with none available on the local market. The Agency introduced mitigation measures to protect its assets, including reducing generator operating hours across facilities and limiting vehicle use. The shortage of lubricant oil and spare parts was causing severe disruption to humanitarian operations.⁹⁴

Healthcare. The health system in Gaza is described as on the brink of collapse, with the majority of facilities damaged or non-functional and facing critical shortages of medicines and fuel.⁹⁵ Over 18 500 injured and chronically ill patients are estimated to be in need of medical care that is unavailable in the Gaza Strip due to the absence of specialised services, and are awaiting medical evacuation.⁹⁶

As noted by UNRWA Senior Communications Manager Jonathan Fowler, UNRWA has remained a key primary healthcare provider in the Gaza Strip, with around 15 000 patients seeking care daily, despite working in highly complex conditions, as the Agency strives to deliver services amid significant challenges⁹⁷ and ongoing shortages of essential medical equipment and supplies.⁹⁸

Of the 22 UNRWA health clinics operational before the war, only a limited number remain functional.⁹⁹ By 8 March 2026, 6 health centres and 4 additional UNRWA-rented facilities functioning as temporary health centres were operational across the Gaza Strip. By the same date, UNRWA was also delivering primary healthcare through 73 mobile medical teams operating in 28 medical points, both inside and outside collective emergency shelters, in the Middle Area, Khan Younis, Al Mawasi, and Gaza City. Between 2 and 8 March, an average of 1 043 UNRWA health personnel per day were working across the Agency's health facilities in Gaza, providing a total of 73 452 medical consultations.¹⁰⁰

UNRWA informed that, as of 31 March 2026, it was continuing to monitor infectious disease trends in overcrowded shelters, where risks are heightened by deteriorating wastewater systems, hygiene supply

shortages, and restrictions on chemical imports. However, due to funding constraints, UNRWA had to discontinue some health service shifts (afternoon shifts at two medical points and Friday duty coverage at two locations) despite high needs on the ground.¹⁰¹

Education. UNICEF described Gaza's education system as on the brink of collapse, with over

97 % of schools damaged or destroyed, and around 658 000 school-age children with limited access to in-person learning since the beginning of the war.¹⁰² According to data by Gaza's Ministry of Education, as reported by UN OCHA, by October 2025, approximately 18 000 school-aged children and 780 education personnel had been killed, with many more injured.¹⁰³

Before October 2023, UNRWA had over 300 000 schoolchildren enrolled in the 183 schools it operated, most of them running on double shifts.¹⁰⁴ Since the 2023 conflict began, the Agency converted 95 % of its schools in temporary shelters for displaced families, including children. Almost 70 % of these schools have suffered damage, some repeatedly, with many partially or completely destroyed.¹⁰⁵

Since August 2024, UNRWA has launched 'Back to Learning' activities,¹⁰⁶ creating space within its shelters for children to resume education.¹⁰⁷ As of 31 March 2026, the Agency continued to provide learning services in Gaza through 'Temporary Learning Spaces' and through its distance learning initiative.¹⁰⁸ UNRWA Director of External Relations and Communications, Al Rifai, noted that, however, 'this does not replace the urgent need for a return to a normal school setting'.¹⁰⁹

[...]

14 UNGA, Report of the Working Group on the Financing of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (A/80/340), 15 August 2025, <https://docs.un.org/en/A/80/340>, para 11; UNRWA, UNRWA Situation Report #210 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 25 February 2026, <https://docs.un.org/en/A/80/340>

15 Times of Israel, Knesset passes law blocking provision of electricity and water to UNRWA facilities, 29 December 2025, <https://www.timesofisrael.com/knesset-passes-bill-blocking-provision-of-electricity-and-water-to-unrwa-facilities/>; US: Library of Congress, Israel: Law to Cease UNRWA Activities Amended, Last updated 29 January 2026, <https://www.timesofisrael.com/knesset-passes-bill-blocking-provision-of-electricity-and-water-to-unrwa-facilities/>

16 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

17 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

18 ICJ, Obligations of Israel in relation to the Presence and Activities of the United Nations, Other International Organizations and Third States in and in relation to the Occupied Palestinian Territory, 22 October 2025, <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/196/196-20251022-adv-01-00-en.pdf>, para 110-124; Times of Israel, ICJ says Israel obligated to work with UNRWA; Jerusalem 'categorically rejects' notion, 22 October 2025, <https://www.timesofisrael.com/icj-says-israel-obligated-to-work-with-unrwa-jerusalem-categorically-rejects-notion/>; Just Security, The ICJ's

Advisory Opinion on Israel's Obligations Towards UNRWA and Other International Organizations in the Occupied Territories: Key Issues, 23 October 2025, <https://www.justsecurity.org/123215/icj-advisory-opinion-israel-unrwa/>

19 Lazzarini, P., Israel has crushed Unrwa in Gaza – and the rest of the world has done nothing, in The Guardian, 21 March 2026, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2026/mar/21/israel-crushed-unrwa-gaza-palestinians-middle-east>

20 UN OHCHR, Demolition of UNRWA premises is symbolic of Israel's attack on the United Nations system: UN expert, 23 January 2026, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/01/demolition-unrwa-premises-symbolic-israels-attack-united-nations-system-un>; Jerusalem Post, 'Unacceptable': Eleven foreign ministers condemn Israel over UNRWA HQ demolition, 29 January 2026, <https://www.jpost.com/international/article-884970>

21 UN, Statement: UN Secretary-General on the demolition of the UNRWA Sheikh Jarrah compound, 20 January 2026, <https://www.un.org/unispal/document/statement-un-secretary-general-on-the-demolition-of-the-unrwa-sheikh-jarrah-compound/>

[...]

36 UN, Farewell Message from the Commissioner-General to UNRWA staff, 31 March 2026, <https://www.un.org/unispal/document/message-from-the-commissioner-general-to-unrwa-staff/>; UNRWA, UNRWA Strategic Plan 2026-2029, 2026, <https://www.un.org/unispal/document/message-from-the-commissioner-general-to-unrwa-staff/>, p. 5; UNRWA, Syria, Lebanon and Jordan emergency appeal 2025 progress report for the reporting period 1 January – 30 June 2025, November 2025, <https://www.unrwa.org/resources/reports/syria-lebanon-and-jordan-emergency-appeal-2025-progress-report>, p. 1

37 UNRWA, UNRWA Strategic Plan 2026-2029, 2026, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/unrwa_strategic_plan_2026-29.pdf, p. 26

38 UNRWA, Unrwa Occupied Palestinian Territory Flash Appeal 2026: Summary, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/unrwa_2026_opt_flash_appeal_-_summary_english78.pdf

39 UNRWA, UNRWA Strategic Plan 2026-2029, 2026, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/unrwa_strategic_plan_2026-29.pdf

40 Akram S., Panel discussion: Gaza/West Bank: Expanding Genocide, UNRWA Ban & Defiance of International Institutions – What Protection Measures Are Needed for Palestinians?, Law for Palestine, 28 February 2025, <https://law4palestine.org/preparatory-material-gaza-west-bank-expanding-genocide-unrwa-ban-defiance-of-international-institutions-what-protection-measures-are-needed-for-palestinians/>

41 UNRWA, Unrwa Occupied Palestinian Territory Flash Appeal 2026: Summary, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/unrwa_2026_opt_flash_appeal_-_summary_english78.pdf, p. 1

[...]

63 UNRWA, UNRWA Situation Report #214 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 25 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-213-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>;

UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

64 Insecurity Insights, Attacks on Health Care in the occupied Palestinian territory, 21 January - 03 February 2026, February 2026, <https://insecurityinsight.org/wp-content/uploads/2026/02/74.-21-January-03-February-2026-Attacks-on-Health-Care-in-the-oPt.pdf>

65 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

66 UNRWA, UNRWA Strategic Plan 2026-2029, 2026, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/unrwa_strategic_plan_2026-29.pdf, p. 5; IFRC, IFRC Statement on Humanitarian Aid to Gaza: 'We must seize this crucial moment for Gaza's people', 17 October 2025, <https://www.ifrc.org/article/ifrc-statement-humanitarian-aid-gaza-we-must-seize-crucial-moment-gazas-people>; British Red Cross, What is happening in Gaza? The ceasefire agreement offers a crucial moment of hope, last updated 2 December 2025, <https://www.redcross.org.uk/stories/disasters-and-emergencies/world/whats-happening-in-gaza-humanitarian-crisis-grows#the-latest-news-update-on-the-Gaza-humanitarian-crisis>; UN OHCHR, As aid restrictions deepen crisis in the occupied Palestinian territories, women and girls pay heightened price, warn UN experts, 19 March 2026, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/03/aid-restrictions-deepen-crisis-occupied-palestinian-territories-women-and>

67 Guardian, First phase of ceasefire deal to end war in Gaza agreed by Israel and Hamas, 9 October 2025, <https://www.theguardian.com/world/2025/oct/09/first-phase-of-ceasefire-deal-to-end-war-in-gaza-agreed-by-israel-and-hamas>; CNN, What we know and don't know about Trump's deal to end the war in Gaza, 10 October 2025, <https://edition.cnn.com/2025/10/09/middleeast/trump-ceasefire-israel-hamas-gaza-explainer-intl>; Times of Israel, Full text of Oct. 9 Israel-Hamas deal on Trump's plan for 'comprehensive end' to Gaza war, 14 October 2025, <https://www.timesofisrael.com/full-text-of-oct-9-israel-hamas-deal-on-trumps-plan-for-comprehensive-end-to-gaza-war/>

68 Palestine Red Crescent Society, Humanitarian Response Report in the Gaza Strip Since the Ceasefire Agreement (9 October 2025 – 28 February 2026), [sic! - kein funktionierendes Link im EUAA-Bericht]; ACLED, Middle East Overview: February 2026, 9 February 2026, <https://acleddata.com/update/middle-east-overview-february-2026#gaza-violence-escalates-amid-the-us-launch-of-phase-2-of-the-gaza-peace-plan-0>

69 UN OCHA, Humanitarian Situation Update #357 [Gaza Strip, 12 February 2026, [sic! – kein funktionierendes Link im EUAA-Bericht]; UN OCHA, Humanitarian Situation Report, 19 March 2026, <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-report-19-march-2026#gaza-strip>

70 Palestine Red Crescent Society, Humanitarian Response Report in the Gaza Strip Since the Ceasefire Agreement (9 October 2025 – 28 February 2026), <https://www.palestinercs.org/public/files/image/2026/humanitarianReports/>

[en_Humanitarian%20Response%20Report%20in%20the%20Gaza%20Strip%20Since%20the%20Ceasefire%20Agreement.pdf](#), p. 1

71 WFP, WFP scales up operations in Gaza as ceasefire passes 100 days, 19 January 2026, [https://www.wfp.org/news/wfp-scales-operations-gaza-ceasefire-passes-100-](https://www.wfp.org/news/wfp-scales-operations-gaza-ceasefire-passes-100-days#:~:text=According%20to%20the%20most%20recent,hunger%20(IPC%2D5))

[days#:~:text=According%20to%20the%20most%20recent,hunger%20\(IPC%2D5\)](#)

72 UNRWA, Where we work – Gaza, August 2023, <https://www.unrwa.org/where-we-work/gaza-strip>. It should be noted that UNRWA data on registered refugees across its five operational fields, as well as the latest available figures on the number of refugees who have received assistance by the Agency, may vary slightly across publications, even when based on the same underlying data.

73 UN OCHA, Humanitarian Situation Report, 19 March 2026, <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-report-19-march-2026#gaza-strip>

74 UNRWA, UNRWA Strategic Plan 2026-2029, 2026, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/unrwa_strategic_plan_2026-29.pdf, p. 5

75 Al Rifai T., Interview with Al Jazeera, Gaza update: UNRWA operations amid Israeli ban, on YouTube Al Jazeera Channel, 9 November 2025, <https://www.youtube.com/watch?v=7ZrYQyDVTK8>, min. 1:55-2:24

76 Al Rifai T., Interview with Al Jazeera, Gaza update: UNRWA operations amid Israeli ban, on YouTube Al Jazeera Channel, 9 November 2025, <https://www.youtube.com/watch?v=7ZrYQyDVTK8>, min. 2:35-3:38

77 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

78 Al Rifai T., Interview with Al Jazeera, Gaza update: UNRWA operations amid Israeli ban, on YouTube Al Jazeera Channel, 9 November 2025, <https://www.youtube.com/watch?v=7ZrYQyDVTK8>, min. 1:55-2:24

79 UN Multimedia room, Gaza and West Bank update UNRWA – UNOPS – UNIS, Geneva 23 January 2026, <https://www.unognewsroom.org/story/en/2977/gaza-and-west-bank-update-unrwa-unops-unis-geneva-23-january-2026>

80 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

81 UN OCHA, Humanitarian Situation Report, 6 March 2026 <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/humanitarian-situation-report-6-march-2026>

82 UN OCHA, Humanitarian Situation Report, 6 March 2026 <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/humanitarian-situation-report-6-march-2026>

83 UNRWA, UNRWA Situation Report #214 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 25 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-214-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

84 UNRWA, UNRWA Situation Report #213 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 18 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-213-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

- 85 UNRWA, Occupied Palestinian Territory Flash Appeal 2026: Summary, 9 February 2026, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/unrwa_2026_opt_flash_appeal_-_summary_english78.pdf, p. 1
- 86 UNRWA, UNRWA Strategic Plan 2026-2029, 2026, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/unrwa_strategic_plan_2026-29.pdf, p. 5
- 87 UNRWA, UNRWA Strategic Plan 2026-2029, 2026, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/unrwa_strategic_plan_2026-29.pdf, p.19
- 88 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>
- 89 IOM-CCCM Cluster, CCCM Flash Update on Heavy Rains and Flood in Gaza (as of 25-Mar-2026), 26 March 2026, url [sic! – kein funktionierendes Link im EUAA-Bericht]; MSF, “The needs in Gaza remain enormous”, 13 March 2026, <https://www.msf.org/international-staff-leave-gaza-needs-remain-enormous>
- 90 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>
- 91 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>
- 92 UNRWA, UNRWA Situation Report #213 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 18 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-213-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>; Al Jazeera, How US-Israel war on Iran deepens Gaza crisis, 9 March 2026, <https://www.aljazeera.com/features/2026/3/9/how-us-israel-war-on-iran-deepens-gaza-crisis>
- 93 UN, Gaza and West Bank update UNRWA – UNOPS – UNIS, Geneva 23 January 2026, <https://www.unognewsroom.org/story/en/2977/gaza-and-west-bank-update-unrwa-unops-unis-geneva-23-january-2026>
- 94 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>
- 95 UNFPA, Palestine Situation Report (October-December 2025), 21 January 2026, <https://palestine.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/2026-01/Palestine%20Situation%20Report%20Oct%20Dec%202025.pdf>
- 96 WHO, oPt Emergency Situation Update Issue 67, 7 October 2023 – 31 January 2026, January 2026, https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/Sitrep_67a_January_2026.pdf, p. 3
- 97 UN Multimedia room, Gaza and West Bank update UNRWA – UNOPS – UNIS, Geneva 23 January 2026, <https://www.unognewsroom.org/story/en/2977/gaza-and-west-bank-update-unrwa-unops-unis-geneva-23-january-2026>

98 UNRWA, UNRWA Situation Report #205 on the Humanitarian Crisis in the occupied Palestinian territory (the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem), 21 January 2026, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/download_unrwa_gaza_sitrep_205_21_january_2025.pdf

99 UNRWA, UNRWA Situation Report #205 on the Humanitarian Crisis in the occupied Palestinian territory (the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem), 21 January 2026, https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/download_unrwa_gaza_sitrep_205_21_january_2025.pdf

100 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

101 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

102 UNICEF, After Two Years of War: Gaza's Education System on the Brink of Collapse, 4 November 2025, <https://www.unicef.org/sop/stories/after-two-years-war-gazas-education-system-brink-collapse>

103 UN OCHA, Reported Impact Snapshot | Gaza Strip, 1 October 2025, https://www.ochaopt.org/sites/default/files/Gaza_Reported_Impact_Snapshot_1_October_2025.pdf

104 Al Rifai T., Interview with Al Jazeera: Gaza update: UNRWA operations amid Israeli ban, on YouTube Al Jazeera Channel, 9 November 2025, <https://www.youtube.com/watch?v=7ZrYQyDVTk8>, min. 4:49-5:03

105 UNRWA, Education Under Attack, 09 September 2024, <https://www.unrwa.org/newsroom/photos/education-under-attack#444>

106 UNRWA, The Gaza Strip: UNRWA launches "Back to Learning" activities, 1 August 2024, <https://www.unrwa.org/newsroom/news-releases/gaza-strip-unrwa-launches-%E2%80%99Cback-learning%E2%80%99D-activities>

107 Al Rifai T., Interview with Al Jazeera: Gaza update: UNRWA operations amid Israeli ban, on YouTube Al Jazeera Channel, 9 November 2025, <https://www.youtube.com/watch?v=7ZrYQyDVTk8>, min. 4:49-5:03

108 UNRWA Situation Report #215 on the Humanitarian Crisis in the Gaza Strip and the Occupied West Bank, including East Jerusalem, 31 March 2026, <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-215-humanitarian-crisis-gaza-strip-and-occupied-west-bank>

109 Al Rifai T., Interview with Al Jazeera: Gaza update: UNRWA operations amid Israeli ban, on YouTube Al Jazeera Channel, 9 November 2025, <https://www.youtube.com/watch?v=7ZrYQyDVTk8>, min. 4:49-5:03

EUAA – European Union Agency for Asylum (15.4.2026): COI QUERY - Country of Origin Occupied Palestinian Territory, Jordan, Lebanon, Syria: UNRWA's ability to fulfil its mandate across its areas of operation January 2025 to 31 March 2026, https://coi.euaa.europa.eu/administration/easo/Plib/2026_04_EUAA_COI_Query_Response_Q16_Occupied_Palestinian_Territory_OPT_Jordan_Lebanon_Syria_UNRWA.pdf, Zugriff 12.5.2026

Das gegenständliche Produkt der Staatendokumentation des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde gemäß den vom Staatendokumentationsbeirat beschlossenen Standards und der Methodologie der Staatendokumentation erstellt.

Die Kurzinformationen der Staatendokumentation beinhalten anlassbezogene Informationen zu relevanten Themenbereichen in Herkunftsländern bzw. EU-Mitgliedsstaaten. Die KI kann Arbeitsübersetzungen fremdsprachiger Quellen beinhalten.

Das gegenständliche Produkt erhebt bezüglich der zur Verfügung gestellten Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus dem vorliegenden Produkt ergeben sich keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Verfahrens. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation oder des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl gewertet werden.